



Die Schülerreporter Daniel Becher (links) und Simon Baur gingen bestens vorbereitet in das Interview mit Bernd Lucke (Mitte), Chef der Alternative für Deutschland (AfD). Moderiert wurde das Gespräch über Schuldenkrise, Bildungspolitik und eine angebliche Nähe der AfD zu rechtsorientierten Positionen von Chefredakteur Christian Lindner (2. v. l.) und Redakteur Jörg Hilpert. Fotos: J. Weber

# AfD-Chef: D-Mark ist eine Option

**Wahlzeit** Bernd Lucke will Euro-Zone notfalls komplett auflösen – Partei möchte keine Stimmen vom rechten Rand

Die südeuropäischen Staaten sollten die Euro-Zone verlassen, sagt Bernd Lucke – und die Rückkehr zur D-Mark bleibt für ihn eine Option, betont der Chef der Alternative für Deutschland (AfD) im „Wahlzeit“-Interview. Hier Auszüge aus dem Gespräch, das mit Fragen unserer Leser per E-Mail, Twitter und Facebook angereichert wurde:

**„Deutschland braucht den Euro nicht“ ist eine Ihrer Grundaussagen. Wollen Sie zur D-Mark zurück?** Nein, das schlagen wir nicht vor – obwohl wir uns auch diese Option offenhalten sollten. Wir streben aber eigentlich an, dass die südeuropäischen Staaten aus dem Euro ausscheiden dürfen. Es gibt zurzeit kein Austrittsrecht, da müssten wir die Verträge ändern. Ein Austritt wäre sinnvoll, weil diese Länder mit dem Wettbewerbsdruck des Euro nicht zurechtkommen. In der restlichen Euro-Zone sollten wir zum Prinzip zurückkehren, dass keiner für die Schulden der anderen haften muss. Wenn jetzt allerdings die Franzosen und Belgier wollen, dass wir eines Tages auch noch für deren Schulden haften, sollte man lieber das Währungsgebiet vollständig auflösen und zu nationalen Währungen zurückkehren.

**Und notfalls wollen Sie den Austritt der Südländer erzwingen, indem die Hilfskredite gestoppt werden. Ist das nicht sehr anmaßend?** Ich kann nicht erkennen, wieso das anmaßend sein soll. In den europäischen Verträgen steht ganz klar drin: Die EU haftet nicht für die Schulden von Einzelstaaten, und die Partnerländer haften auch nicht. Davon sind wir jetzt dreieinhalb Jahre lang vertragsbrüchig abgewichen. Christine Lagarde, Chefin

des IWF, hat es offen ausgesprochen: „Wir mussten die Verträge brechen, um den Euro zu retten.“ Kann das ein Rechtsstaat einfach so hinnehmen?

**Namhafte Ökonomen sind aber der Ansicht, dass man die Währungsunion nicht in einem geordneten Prozess auflösen kann.**

In der „FAZ“ haben kürzlich ebenfalls namhafte Ökonomen gesagt, dass die Euro-Zone verkleinert werden sollte, dass sie in dieser Form nicht haltbar ist. Natürlich kann man eine gemeinsame Währung auch wieder auflösen. Ein Beispiel: Als sich Tschechien und die Slowakei getrennt haben, musste auch die zuvor gemeinsame Währung in zwei auseinandergebrochen werden. Und das hat keine wirtschaftlichen Verwerfungen ausgelöst.

**Noch einmal: Renommierte Ökonomen wie Marcel Fratzscher (DIW), Clemens Fuest (ZEW) und Michael Hüther (IWF) sagen, dass die Auflösung eben nicht geht. Unterstellen Sie denen Unwissenheit?**

Die Ökonomen, die Sie nennen, sind Präsidenten großer Wirtschaftsforschungsinstitute. Diese Institute bekommen ständig große Aufträge von der Bundesregierung.

**Die sind gekauft?**

Ich weise nur mal auf diesen Zusammenhang hin.

**Was blüht uns, wenn krampfhaft versucht wird, das Währungsgebiet so zu lassen, wie es ist?**

Lange Zeit sind die ärmeren Länder wie Portugal, Finnland, Irland, Griechenland und Spanien wirtschaftlich schneller gewachsen als Mitteleuropa. Jetzt kehrt sich die Entwicklung um: Der Süden verarmt

systematisch. Das führt zu Spannungen und zu Begehrlichkeiten der Ärmere. Daraus resultiert die zweite Gefahr, denn die reicheren Staaten in Mitteleuropa könnten sich irgendwann fragen: Wieso sollen wir ständig zahlen? Deutschland haftet jetzt für 637 Milliarden Euro. Wenn wir wirklich dafür eintreten müssen, belastet das unsere wirtschaftliche Lage so stark, dass es nicht mehr zu verantworten ist.

**Angela Merkel begründet ihre Europapolitik mit den Worten: Ich mache nur Schritte, deren Folgen ich überblicken kann. Können Sie die Folgen Ihrer Pläne überblicken?**

Ich glaube schon, dass Frau Merkel keinen großen Überblick hat. Natürlich sollten wir die Sache vorsichtig angehen. Aber Zypern zum Beispiel ist ein so kleiner Staat, dass er ohne Weiteres hätte auscheiden können. Da wäre nichts Gravierendes passiert, und wir hätten erste Erfahrungen gesammelt, wie es ist, wenn ein Staat aus dem Euro austritt. Wir hätten gesagt: Im Einklang mit den Maastrichter Verträgen bekommt Zypern keine Hilfskredite. Wenn Zypern kein Geld bekommen hätte, hätten die Zyprioten sicher entschieden, aus dem Euro auszutreten.

**Erzwingenmaßnahmen.**

Deshalb, weil wir die Regeln anwenden, die wir mit den Zyprioten vereinbart haben? Da reden wir uns einen Schuldcomplex ein, der nicht angebracht ist.

**Die Bundesbank hat offenbar alternative Szenarien entwickelt, Ihnen wurde aber die Einsicht in entsprechende Papiere verwehrt. Unterstellen Sie der Bundesregierung auch, dass sie Einfluss auf die unabhängige Bundesbank ausübt?**

Die Bundesbank ist gesetzlich dazu verpflichtet, die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen. Wenn die Regierung nicht will, dass diese Studien an die Öffentlichkeit gelangen, dann muss die Bundesbank das akzeptieren. Könnte sie frei entscheiden, hätte sie wahrscheinlich ein Interesse daran, dass das offen diskutiert wird. Man hört ja aus Kreisen der Bundesbank, dass die alles andere als glücklich mit dem Euro sind.

**In der Bildungspolitik wollen Sie die Standards an das beste Schulsystem anpassen. Welches ist denn das beste?**

Den Pisa-Studien zufolge gibt es die besten Ergebnisse im dreigliedrigen Schulsystem. Wir wollen es erhalten. Ich sehe mit großer Sorge, dass Haupt- und Realschulen zusammengelegt werden. In den Hauptschulen gibt es viele Kinder, die Probleme haben. Jetzt heißt es: Wir konnten als Lehrer und Erzieher diese Probleme in der Hauptschule nicht lösen, also legen wir sie mit der Realschule zusammen – in der Hoffnung, dass die Schüler die Probleme lösen. Denn das ist doch der Gedanke: In der Realschule sind vernünftige Schüler, die können die anderen integrieren. Ich habe große Sorge, dass die Realschule damit kaputt gemacht wird.

**Sie fordern: Eine ungeordnete Zuwanderung in unsere Sozialsysteme muss unterbunden werden. Das findet sich nahezu wortgleich auch im NPD-Wahlprogramm.**

Ich kann die NPD nicht daran hindern, diese vernünftige Forderung zu übernehmen. Wir ziehen zu einer gewissen Armutszuwanderung an, beispielsweise durch das Kindergeld. Zum anderen brauchen wir die Steuerung auch im In-

teresse der Menschen, die zu uns kommen wollen. Wenn Zuwanderern die Qualifikation dazu fehlt, hier arbeiten zu können, rutschen sie in eine lebenslange Abhängigkeit von unseren Sozialsystemen. Doch ein lebenslanges Dasein in Hartz IV ist nicht menschenwürdig.

**Frank Franz, Bundessprecher der NPD, bezeichnet die AfD als Türöffner für die Ideen seiner Partei. Wie erklären Sie sich die große Zustimmung rechter Kreise?**

Die NPD würde uns schon da nicht zustimmen, wo wir sagen: Wir wollen eine liberalere Asylpolitik. Wir wollen, dass ernsthaft politisch verfolgte bei uns auch arbeiten können. Das ist ganz bestimmt keine NPD-Forderung.

**Aber Sie können den Zuspruch vom rechten Rand auch nicht unter den Teppich kehren.**

Sehen Sie: Wenn der FC Bayern München guten Fußball spielt, aber einen rechtsradikalen Fanklub hat, dann können Sie nicht daraus schließen, dass die Mannschaft des FC Bayern rechtsradikal ist.

**Der FC Bayern München geht aktiv gegen rechtsradikale Gruppen vor. Was tun Sie?**

Leute in unserer Partei, die eine NPD-Neigung haben, schmeißen wir raus. Rechtsextreme, linksextreme, ausländischerfeindliche, islamfeindliche, antisemitische, rassistische Einstellungen haben in der AfD nichts zu suchen und sind ein Grund, diese Leute auszuschließen. Wer rechtsextrem ist, soll nicht uns wählen, der soll die NPD wählen.

Das Gespräch führten die Schülerreporter **Simon Baur** und **Daniel Becher** sowie Chefredakteur **Christian Lindner** und Redakteur **Jörg Hilpert**

## Fragen aus dem Netz

**1 Herr Lucke, nennen Sie doch mal die Namen der großen Spender – Personen, Organisationen. Wer finanziert die AfD?**

Die Namen nenne ich Ihnen jetzt alle (kurze Pause, Anm. d. Red.). Ich bin schon fertig. Wir haben keine großen Spender. Das Geld kommt im Wesentlichen von unseren Mitgliedern, sonst von Förderern oder Sympathisanten. Das sind praktisch alles Kleinspenden. Sie können sich das auch einfach ausrechnen: Wir haben 15 000 Mitglieder, jeder zahlt mindestens 10 Euro pro Monat an Beiträgen, da kommt eben eine gewisse Millionensumme zustande. Und das ist es. Wir haben keine Großspender.

**2 Freie-Wähler-Chef Hubert Aiwanger hat der Rhein-Zeitung im Interview gesagt: Die AfD wird von der Union und „gewissen Geldkreisen“ gezielt aufgebaut, um die Freien Wähler aus dem Bundestag rauszuhalten. Wie reagieren Sie auf den Vorwurf?**

Der spinnt, der Aiwanger. Der zündet jetzt solche Aktionen, weil er darüber verstört ist, dass wir ihm Konkurrenz machen. Ich habe ihm das Thema Euro-Kritik aber nicht weggenommen, sondern eher geliefert. Ich war ja bereit dazu, mit den Freien Wählern zusammenzugehen. Aber er hat sich für die Sache nie interessiert, und seine Partei ist ziemlich chaotisch. Deswegen haben wir dann eine eigene Partei gegründet. Dieses Verschwörungsszenario ergibt überhaupt keinen Sinn.

**3 Frage aus Twitter: Wie wird die AfD als Oppositionspartei in der Euro-Krise Schlimmeres verhindern?**

Wir verhindern Schlimmeres dadurch, dass wir eine Alternative zur CDU und den anderen Parteien darstellen. Die CDU wird sich fragen: Wie können wir es verhindern, dass noch mehr Leute zur AfD gehen? Das geht nur dadurch, dass sie künftig Positionen einnimmt, die unseren Vorstellungen zumindest nahekommen. Ich glaube, das wird passieren. Das war mit den Grünen ähnlich: Erst hat die SPD Zeter und Mordio geschrien, dass es jetzt diese Partei gibt. Als die Grünen aber im Bundestag waren, ist die SPD halt immer grüner geworden.

**5 Ist die AfD erfolgreich, könnte dies eine schwarz-gelbe Mehrheit im Bundestag verhindern. Würde die AfD dann eine rot-grüne Minderheitsregierung unterstützen?**

Wir sind bereit, mit jeder Partei zusammenzuarbeiten, die sich grundlegend von der Euro-Rettungspolitik abwendet. Das kann Koalition oder Tolerierung bedeuten. Ich sehe im Moment aber eher die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einer rot-rot-grünen Mehrheit im Bundestag kommen könnte. Das kann der Wähler am besten dadurch verhindern, dass die AfD auch in den Bundestag kommt. Denn das Rot-Rot-Grün stärker wird als CDU, FDP und AfD, ist sehr unwahrscheinlich.

**6 Sollten nach Abschaffung des Euro Schlesien, Österreich und Polen die D-Mark einführen? Quatsch. Nein.**

### Schülerreporter Simon Baur

Gleich vier Schüler des Erich-Klausener-Gymnasiums (Adenau) haben sich intensiv auf das Gespräch mit AfD-Chef Bernd Lucke vorbereitet. Die 16-Jährigen aus der Stufe elf haben alle den Leistungskurs Sozialkunde belegt. Max Franke ist ohnehin schon ein Reporter und hat Praktika bei Zeitungen absolviert. Ins „Wahlzeit“-Studio durfte Simon Baur. Er betont: Politik bietet die Möglichkeit, unseren Alltag zu verändern.



Simon Baur

## Nach 33 Jahren Abschied von der CDU

Vita Wirtschaftsprofessor Lucke ging aus Protest gegen die Euro-Rettungspolitik

**■ Koblenz/Berlin.** Wie heftig ein Wahlkampf sein kann, hat Bernd Lucke Ende August erlebt: Bei einem Auftritt wurde er plötzlich von Vermummten attackiert. Die Angreifer waren vermutlich dem linksextremen Lager zuzuordnen. Lucke blieb unverletzt. Doch seither setzt er auch auf das Thema innere Sicherheit: Es könne nicht sein, dass der Staat autonome Gruppen dulde, obwohl sie wiederholt durch Straftaten auffallen.

33 Jahre lang war Bernd Lucke Mitglied der CDU, doch im Dezember 2011 verließ er die Partei, weil er Angela Merkels Kurs in Sa-

chen Euro nicht mittragen wollte. Es sei „eine ganz fatale Politik, auf die sich die CDU dort eingelassen hat“, sagt der 51-Jährige im Gespräch mit unserer Zeitung.

Im Januar 2013 trat er dann für die Freien Wähler bei der Landtagswahl in Niedersachsen an. Nach magerem Abschneiden und offenkundiger Uneinigkeit beteiligte sich Lucke an der Gründung der „Alternative für Deutschland“.



Bernd Lucke

Der Hamburger Wirtschaftsprofessor ist einer von drei gewählten Sprechern der Partei.

In Umfragen liegt die AfD zwischen 3 und 4 Prozent. Demoskopentrauen der Partei dennoch den Einzugs in den Bundestag zu. Lucke sagt: „Ich rechne damit, dass wir satt über 5 Prozent kommen – möglicherweise nah an den zweistelligen Bereich.“ Bestärkt fühlen kann er sich durch die Kommunikationsagentur Osicom, die 7 Prozent für die AfD vorhersagt. Kleiner Schönheitsfehler: Osicom-Gründer Wolfgang Osinski ist selbst in der AfD.

### Schülerreporter Daniel Becher



Daniel Becher

Der zweite Schülerreporter vom Erich-Klausener-Gymnasium in unserem Studio war Daniel Becher. Er steht der Politik vor allem deshalb nah, weil er einen

Freund in Berlin hat – und so auch die Obama-Rede in der Bundeshauptstadt mitverfolgen konnte. Lukas Hoffmann, der an der Vorbereitung des Interviews beteiligt war, interessiert sich vor allem für die Außenpolitik: „Jeden Tag wird ein Stück Geschichte geschrieben.“



### Das Interview im Netz

Das komplette Videointerview mit Bernd Lucke von der AfD finden Sie im Netz unter diesem QR-Code oder unter <http://ku-rz.de/lucke>